

Kapitulation vor dem Marsch in die Plutokratie?

Kriterium für eine Reichensteuer ist die Frage, ob und wie weit die immer dramatischer ansteigende Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich gestoppt werden kann. Die Wahlkampfvorschläge hierzu leisten das nicht.

In einer Studie des DIW vom Januar 09^{1.)} wurde die „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“ untersucht und in dem üblichen „10-Säulen-Diagramm“ dargestellt. Daraus und aus dem Begleittext ergibt sich (Stand 2007):

1. 50% der Bevölkerung haben Null Vermögen (Schulden größer oder gleich Vermögen).
2. Die 10% Reichsten haben 61% aller Vermögen (mehr als 1½ mal so viel wie die anderen 90% zusammen).
3. Nur die reichste 10. Säule verzeichnet Zuwächse, alle anderen 9 Säulen im Durchschnitt Verluste.
4. 75% aller jährlichen Zuwächse gehen an die ohnehin schon reichsten 10%.
5. Das Durchschnittsvermögen beträgt 88 000 Euro. Da 50% Null haben, beträgt das Durchschnittsvermögen der 50% Vermögenden also 176 000 Euro.
6. Ab 220 000 Euro Vermögen (= eine abbezahlte Eigentumswohnung) gehört man als Alleinstehender schon zu den reichsten 10%, als Familie ab 440 000 Euro.

Dabei werden „Nettogesamtvermögen“ wie folgt definiert:

Definition „Nettogesamtvermögen“ lt. DIW-Studie

- Geldvermögen (50%)
- private Versicherungen
- Bausparverträge
- Immobilienbesitz
- Betriebsvermögen (einschl. Beteiligungen, Aktien)

abzüglich:

- Schulden, Verbindlichkeiten, Hypotheken, Konsumentenkredite
- Hausrat, haushaltseigene Kfz

Stellt man das 10-Säulen-Diagramm im literaturfähigen Maßstab dar und wählt zu Beispiel 100 000 Euro Vermögen = 2 cm, dann würde das derzeit größte Vermögen Deutschlands, nämlich die 17,35 Milliarden Euro des Karl Albrecht, 3,47 Kilometer ausmachen^{2.)}.

Nun versucht man uns ja weiszumachen, diese dramatische Ungleichverteilung sei durch die Finanzkrise drastisch erschüttert worden. Es gab eine regelrechte Jammerkampagne in den Medien über die armen Reichen^{3.)}. Warren Buffet habe allein 10 Milliarden Dollar verloren, Karl Albrecht eine Milliarde Euro, die Zahl der Milliardäre sei in Deutschland seit

2008 von 122 auf 99 zurückgegangen und Frau Schickendanz kaufe inzwischen beim Discounter ein. Das alte Märchen vom verbrannten Geld. Richtig ist: Einige Reiche haben sich verzockt, vor allem auch durch größenwahnsinnige Firmen-Übernahmen (Schaeffler, Porsche), die vermutlich auch ohne Finanzkrise schief gegangen wären. Richtig ist aber auch: Volkswirtschaftlich kann kein Geld verbrennen. Die vermeintlichen Verluste sind fiktiv. Man hat die Aktienvermögen zuerst mit dem früheren Höchstkurs multipliziert und dann mit dem neuen Tiefstkurs. Dann hat man die Differenz der beiden Multiplikationen errechnet und gesagt, dieses Geld sei „verbrannt“. Nun weiß aber jedes Kind, dass man niemals alle Aktien zum früheren Höchstkurs hätte verkaufen können. Die „verbrannte“ Differenz war also fiktiv, heiße Luft^{4.)}. Die Verluste sind immer nur individuell und immer die individuellen Gewinne von anderen. Das Geld, das die Kleinspekulanten mit Lehmann-Zertifikaten verloren haben, haben jetzt die, die die Lehmann-Bank aufs Kreuz gelegt und in die Pleite getrieben haben. Tatsächlich macht selbst dieser vermeintliche Rückgang der Geldvermögen infolge der Finanzkrise in Deutschland nur einen Bruchteil der Aktienvermögen aus und bis 2008 nur etwa 1/16 der gesamten Geldvermögen^{5.)}.

Ende September äußerte sich ein weiterer Vertreter des DIW in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung zum Problem der Ungleichverteilung, insbesondere zu den Möglichkeiten einer gerechten Besteuerung^{6.)}. Danach hat es in Deutschland nur zweimal eine wirksame Vermögensbesteuerung gegeben: Erzbergers Steuerreform von 1919 und den „Lastenausgleich“ nach 1945. „In den 60er Jahren begann der Niedergang der Vermögensbesteuerung in Deutschland“. Vermögenssteuer und Gewerbesteuer wurden schließlich abgeschafft und „die Erbschaftssteuer zugrunde reformiert“. Als Ursache werden vor allem Bewertungsprobleme und die daraus resultierende juristische Streitanzahl genannt.

Tatsächlich bieten aber laut Beitrag gerade die privaten Vermögen in Deutschland mit netto 6,5 Billionen Euro ein „riesiges Steuerpotential“. Jedes 0,1% würde ein Steueraufkommen von 6,5 Milliarden Euro erzeugen. Dieses Aufkommen würde jedoch schlagartig auf weniger als ein Viertel sinken, wenn man zum Beispiel eine Freigrenze von 500 000 Euro einführen würde. Es wären dann nur noch 1,6 Billionen Vermögen zu besteuern, die bei 0,1% theoretisch ein Aufkommen von lediglich 1,6 Milliarden ergäben. Praktisch wäre das Aufkommen laut Gastbeitrag vermutlich noch geringer, weil die „Superreichen“ auf allerlei Bilanzierungstricks oder zum Beispiel eine Wohnsitzverlegung ins Ausland zurückgreifen könnten. Daraus wird im Untertitel des Beitrags gefolgert: „Man darf nicht nur die Wohlhabenden schröpfen. Das macht die Sache so schwierig.“

Waren also die Wahlkampfvorschläge für eine Reichensteuer abwegig? Nun ist es ja ein altes neoliberales Dogma, wonach eine höhere Besteuerung der Reichen der Gesamtwirtschaft schade. Durch eine Rückverteilung von oben nach unten würden das Wachstum und der zu verteilende Wohlstand insgesamt kleiner. Am Ende hätten alle weniger. So argumentiert z.B. der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Gerry Becker. Umgekehrt tropfe bei höherem Reichtum auch mehr für die Armen herunter – die sogenannte „trickle-down-theory“. Auch das deutsche Doppelbesteuerungs-Verbot entsprang wohl dieser Hoffnung.

Eine solche Einstellung ist eine Kapitulation vor dem dramatischen Anstieg der Ungleichverteilung, vor der heraufziehenden Reichenherrschaft. Tatsächlich ist seit der Schröder-Ära die Ungleichverteilung in Deutschland stärker angestiegen als in den meisten Ländern der Euro-Zone, sogar als in Großbritannien und den USA^{7.)}. Der Anteil der 10% Reichsten am privaten Gesamtvermögen betrug 39 % im Jahr 1984, 43% im Jahr 1994 und 61,1 % im Jahr 2007. Prolongiert man diese Entwicklung, würden spätestens im

Jahr 2030 die höchstmöglichen 100% erreicht. Hatten schon im Jahr 2007 50% der Bevölkerung unter dem Strich netto zusammen Null Vermögen, wären es dann 90%. Auch diese einfache Überlegung zeigt, dass diese Entwicklung mit unausweichlicher mathematischer Gewissheit nicht bis in alle Ewigkeit weiter gehen kann.

Überdies sind ja nach Punkt 3 der eingangs angeführten Zusammenfassung der DIW-Untersuchung die Vermögen von 90% der Bevölkerung trotz aller Ansparung und Akkumulation nicht etwa gestiegen, sondern zurückgegangen. (Das wird in der Untersuchung u.a. auf gesunkene Immobilienpreise zurückgeführt). Daraus ergibt sich eine weitere einfache Überlegung:

1. Jede ausschließliche Belegung dieser 90% mit einer Vermögenssteuer würde das Anstiegstempo der Ungleichverteilung über das jetzige Maß hinaus noch vergrößern.

2. Eine Belegung der gesamten 100% der Bevölkerung mit der gleichen prozentualen Steuerrate würde den Anstieg der Ungleichverteilung auch nicht bremsen, sondern weiter mit dem gleichen Tempo fortschreiten lassen wie bisher.

3. Selbst ein bloßer Stopp dieses Anstiegs ließe sich nur erreichen, wenn die Vermögen der 10 % Reichsten mit einer Steuerrate belegt würden, die drastisch höher sein müsste, als die der übrigen 90%. Und zwar um so viel höher, wie die Summe aus den prozentualen Zuwächsen der 10% Reichsten und den Verlusten der übrigen 90%.

Allein die Zuwächse der reichsten 10% betragen über Jahrzehnte hinweg jährlich 7,47%^{8.)}. Der Anstieg der Ungleichverteilung ließe sich also nur stoppen, wenn die Vorjahreszuwächse der reichsten 10% nicht nur vollkommen wieder wegbesteuert würden, sondern ihnen zusätzlich noch die durchschnittlichen Verluste der übrigen 90% als Steuer auferlegt würden. Jeder mag selbst beurteilen, wie weit das mit Schwarz-Gelb durchsetzbar ist.

Das muss man sich klar machen, wenn man verstehen will, warum selbst die radikalsten Wahlkampfvorschläge zur Reichensteuer den Anstieg der Ungleichverteilung bestenfalls geringfügig bremsen würden, nicht aber stoppen. Das gilt erst recht für die früher einmal erhobene Vermögenssteuer von 1,5% oder für die jetzt diskutierte einmalige Vermögensabgabe als Darlehen. Machen wir uns also nichts vor: Der im Kapitalismus vollautomatisierte Marsch in die Plutokratie wird ungebremst weitergehen, mit Westermerkel erst recht. Und die Mehrheit der Wähler will es ja auch offenbar so, sogar die knappe Hälfte jener 90%, die davon benachteiligt werden. Masochismus.

Anmerkungen:

1.) Joachim R. Frick, Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht 4/2009 des DIW Berlin. Das in absolute Zahlen umgerechnete Säulen-Diagramm siehe Anmerkung 2, zweiter Satz.

2.) Nach den neuesten Zahlen v. 15.9.09 v. Manager Magazin. Vergl. auch Verf.: Die Milliardenvermögen sind das Problem. In Humane Wirtschaft 3/09.

3.) U.a. Die Reichen werden weniger, Süddeutsche Zeitung v.15.09.09 Wohlhabende sorgen sich um ihren Reichtum, Süddeutsche Zeitung v.27.08.09

4.) Verf.: Geldverbrennung. In: Kleines Lexikon der Sprachtäuschung. In: Humanwirtschaft 6/2006, S. 21. Und: Ökologiepolitik Nr. 137, Febr.08, S. 21. Ferner: Der Staat muss die Umverteilung korrigieren. Interview mit Verf. in: Ökologiepolitik Nr. 140, Nov. 08, S. 15.

- 5.) Helmut Creutz: Grafik Nr. 103
- 6.) Stefan Bach, DIW: Die Unvermögenssteuer. Süddeutsche Zeitung v. 29.09.09
- 7.) Wachsende Unterschiede. Zwei Grafiken in: DIE ZEIT v. 10.09.09 (Wirtschaftsteil)
- 8.) Verf. in: Geld oder Leben. 2004, S. 30.